



**Kleine Anfrage**

**Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten)**

**Geschobene Straßenbauprojekte des vordringlichen Bedarfs**

**Vorbemerkung:**

Die Landesregierung hat nach dem Beschluss des Bundesverkehrswegeplans einige Autobahnprojekte sowie etwa 20 Ortsumgehungen an Bundesstraße, für die der Bund den unmittelbaren Planungsauftrag erteilt hat, auf die Zeit nach 2021 verschoben. Dies verursacht nicht nur Verkehrsverzögerungen, sondern auch massive Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner, die zum Teil seit mehr als 40 Jahren auf eine Umgehungsstraße warten.

**Ich frage die Landesregierung:**

1. Für welche Autobahnausbauprojekte des vordringlichen Bedarfs hat der Bund den Planungsauftrag erteilt und die Landesregierung hat diese auf die Zeit nach 2021 verschoben?
2. Wie sieht die konkrete Zeitplanung bei den einzelnen Projekten aktuell aus?
3. Wenn bislang kein Planungsbeginn absehbar ist, wann rechnet die Landesregierung damit, Klarheit über den Fortgang der Projekte schaffen zu können?
4. Welche Folge hat die von der Landesregierung gezogene Option, dass das Land weiterhin Planfeststellungsbehörde für Autobahnprojekte bleibt, auf die Projekte?
5. Für welche Projekte an Bundesstraßen inklusive Ortsumgehungen hat der Bund den Planungsauftrag erteilt und die Landesregierung hat diese auf die Zeit nach 2021 verschoben?
6. Ist davon auszugehen, dass die Projekte ab 2021 geplant werden?
7. Wenn nein, wann ist mit einer Planung der einzelnen Projekte zu rechnen?
8. Wenn bislang kein Planungsbeginn absehbar ist, wann rechnet die Landesregierung damit, Klarheit über den Fortgang der Projekte zu schaffen zu können?
9. Welche Folge hat der Übergang von Planung und Bau auf die Bundesfernstraßenverwaltung für diese Projekte auch hinsichtlich des Personalschlüssels und der Personalentwicklung?

**Wiesbaden, den 24. Januar 2020**

**Dr. Stefan Naas**